

## PRESSEMITTEILUNG

**Der Hochschullehrerbund *hlb* fordert eine einheitliche Professorenbesoldung -**  
die Berufungssituation an Fachhochschulen spitzt sich weiter zu

**Bremen, 16. November 2013.** Anlässlich der diesjährigen Konferenz der Landesverbände des Hochschullehrerbunds *hlb* tauschten die Vorsitzenden ihre Erfahrungen über die Reform der W-Besoldung für Professorinnen und Professoren aus. Gerügt wurde, dass sich die Bundesländer nicht auf ein einheitliches Modell einigen konnten. Derzeit sind drei Modelle einer Reform der W-Besoldung erkennbar. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen hoben die Vergütungen pauschal um jeweils unterschiedliche Beträge auf rund 5.000 Euro an. Der Bund, Bayern, Hessen und Sachsen führten drei bis fünf Erfahrungsstufen ein. Brandenburg, Bremen und Hamburg entschieden sich für die Zahlung von Mindestleistungsbezügen von jeweils rund 600 Euro. „Damit ist ein Gehaltsdschungel entstanden, der für Bewerberinnen und Bewerber um eine Professur undurchschaubar ist und die Entscheidung dafür erschwert“, so die Befürchtung des Präsidenten des Hochschullehrerbunds, Professor Dr. Nicolai Müller-Bromley.

Hessen und Bayern hatten bereits Ende 2012 die Forderung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012 zur Anhebung der W 2-Besoldung umgesetzt. Das Gericht hatte aufgrund der Klage eines Professors aus Hessen entschieden, dass das bis dahin geltende Grundgehalt der W-2-Besoldung nicht amtsangemessen sei. Es forderte dazu auf, diesen Missstand zu beseitigen. Heute - anderthalb Jahre später - liegen aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und dem Saarland noch nicht einmal erste konkrete Überlegungen dazu vor.

Müller-Bromley weist darauf hin, „dass die unterschiedliche oder auch verweigerte Übertragung der Tarifergebnisse für Angestellte des öffentlichen Dienstes auf die Beamtenbesoldung die Unübersichtlichkeit weiter verstärkt. Ein Besoldungsvergleich wird so fast unmöglich.“ Die Professur an einer Fachhochschule ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit, die eine hohe Qualifikation voraussetzt. „Diese Tätigkeit ist nicht in einem Land weniger oder mehr wert als in einem anderen“, so Müller-Bromley. Die Hochschulen benötigen ein vergleichbares Besoldungssystem mit einer verlässlichen Vergütung, das sich an den hohen Anforderungen orientiert und eine Gehaltsperspektive eröffnet.

Die Vorsitzenden der *hlb*-Landesverbände sind sich sicher: Wenn die Besoldung für Bewerber um eine Professur nicht vergleichbar attraktiv ist, wird sich die Berufungssituation weiter zuspitzen. In vielen Fächern ist die Neubesetzung von Professuren bereits heute kaum möglich. Mehrfachausreibungen und mehrjährige Berufungsverfahren sind eher die Regel als die Ausnahme.

Kontakt: Dr. Karla Neschke  
Stellv. Geschäftsführerin  
Hochschullehrerbund *hlb* – Bundesgeschäftsstelle e.V.  
Postanschrift: Wissenschaftszentrum, PF 20 14 48, 53144 Bonn  
Tel.: 0228 55 52 56-15 od. -0  
E-Mail: [karla.neschke@hlb.de](mailto:karla.neschke@hlb.de)

Hintergrund: Der Hochschullehrerbund *hlb* ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen in Deutschland. Er hat zurzeit 6.000 Mitglieder. Er sieht es als seine Aufgabe an, das Profil dieser Hochschulart, die Wissenschaft und Praxis miteinander verbindet, in der Öffentlichkeit darzustellen. Der *hlb* fördert die Kommunikation zwischen den Lehrenden und Forschenden, den Unternehmen in der freien Wirtschaft und den Arbeitgebern in der öffentlichen Verwaltung. Er berät seine Mitglieder in allen Fragen der Ausübung des Hochschullehrerberufs und gibt zweimonatlich das Periodikum „Die Neue Hochschule“ heraus, die einzige Fachzeitschrift für ausschließlich fachhochschulspezifische Themen.